

Unterkünfte für Flüchtlinge in Planung

Infoabend 80 Asylbewerber ziehen in das Altenheim Rothach in Weiler ein. Schon 2016 sollen Modulbauten als Ersatz dienen

VON OLAF WINKLER

Weiler-Simmerberg Derzeit laufen Gespräche zu den letzten Details mit dem Allgäustift als Besitzer, doch aus Sicht von Marktgemeinde und Landratsamt ist klar: Das derzeit leer stehende Altenheim Rothach in Weiler wird schon in Kürze zur Unterkunft für bis zu 80 Asylbewerber. Dabei handele es sich allerdings nur um eine Übergangslösung, sagte Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph bei einer Informationsveranstaltung im Kolpinghaus. Denn schon ein halbes Jahr später sollen die Flüchtlinge dann in neue Modulbauten umziehen, die in der Pfarrer-Sonntag-Straße geplant sind.

Derzeit leben 29 Asylbewerber in der Marktgemeinde. Bis Ende 2016 sollten es rund 180 sein, will die Kommune die vom Landratsamt definierte Drei-Prozent-Quote erfüllen. Den Zugriff auf eine Turnhalle will Bürgermeister Rudolph auf je-

den Fall vermeiden. Da sich der Abriss des Altenheimes verzögere, sei die Entscheidung gefallen, das Gebäude als Zwischenlösung zu nutzen. Und das, obwohl es nicht jenem Konzept entspricht, das der zuständige Mitarbeiter des Landratsamtes, Tobias Walch, vorstellte: Eine Unterbringung, die „halbwegs normale Wohnstrukturen“ ermögliche, sei in dem Altenheim nicht möglich. Die Infrastruktur mit Toiletten und Bädern sei zwar gut. Ein „Knackpunkt“ aber sei, dass die vorhandenen Stationsküchen aus brandschutztechnischen Gründen nicht reaktiviert werden können. So müssen sich die Flüchtlinge in der Gemeinschaftsküche verpflegen, was die Ausarbeitung eines Planes erfordere, sagte Walch auf eine entsprechende Frage aus den Reihen der rund 100 Besucher des Abends.

Jörg Bauer als Investor stellte Details zu den geplanten Modulbauten auf einem 4000 Quadratmeter gro-

ßen Grundstück in der Pfarrer-Sonntag-Straße vor. Sie entsprechen jenen Gebäuden, die bereits in Lindenberg-Goßholz erstellt wurden. Sechs Häuser sind geplant. Jedes davon umfasst 220 Quadratmeter, die sich auf jeweils vier Wohnungen verteilen. Zwischen fünf und sechs Personen sollen in eine Wohnung einziehen. Das macht zwischen 120 und 144 Asylbewerber, die dort untergebracht werden können.

Kritische Stimmen gab es nicht zu dieser Zahl und auch nicht zum Standort. Lediglich an der Bauform störte sich ein Anwohner. Er hätte lieber Satteldächer, die sich der Umgebung anpassen. Eine Besucherin monierte, dass dort ein Spielplatz geplant sei. Sie hätte sich gewünscht, dass die Marktgemeinde „das Thema Spielplätze angegriffen hätte, als Flüchtlinge noch kein Thema waren“. Rudolph widersprach: „Wir haben alle Spielplätze auf einen aktuellen Stand gebracht.“

Wichtig ist der Kommune, dass die Gebäude eine Nachnutzung ermöglichen. Rudolph denkt hier an Sozialwohnungen für Rentner ohne ausreichendes Einkommen.

„Ein Trauerspiel“

- Sachliche Informationen und Fragen standen im Mittelpunkt des Informationsabends in Weiler. Eine grundsätzliche Diskussion zur Flüchtlingssituation war weder gewollt, noch fand sie statt.
- Tobias Walch kam um deutliche Worte dennoch nicht herum: Er sprach mit Blick auf die Verteilung der Flüchtlinge von einem „Trauerspiel, das auf europäischer Ebene abläuft“. Die Bearbeitung der Asylanträge dauere viel zu lang. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sei „überfordert“. (owi)

Der Abend diene einerseits der Information, andererseits aber auch dem Werben um neue Mitglieder für den Helferkreis. Fragen gab es in diesem Zusammenhang rund um die Deutsch-Kurse. Die Teilnahme daran sei freiwillig, informierte Tobias Walch. Hier sei die Eigenverantwortung der Asylbewerber gefragt. Ebenfalls interessiert waren Zuhörer an den Einschränkungen, die für Flüchtlinge gelten. Hier stellte Walch klar: Eine uneingeschränkte Arbeitsaufnahme sei erst nach 15 Monaten möglich. Jederzeit denkbar sei eine ehrenamtliche Tätigkeit. Nach drei Monaten sei eine Arbeitsaufnahme möglich, wenn für die Arbeitsstelle kein Deutscher oder kein EU-Bürger verfügbar sei. Wichtig sei, dass Flüchtlinge bis zur Anerkennung als Asylanten nicht ins Ausland reisen dürfen – und in den ersten drei Monaten auch den Regierungsbezirk Schwaben nicht verlassen dürfen.